



Pressemitteilung 05.04.2013

## Bayerische Innenpolitik: verbieten statt erkennen

**Joachim Herrmann, Bayerischer Minister des Innern, hofft auf Zustimmung im Landtag für eine weitere Verbotsmaßnahme. Es geht zum wiederholten Male um die Sperrzeitverlängerungen in Wirtshäusern und Kneipen. Mit großem Eifer versucht das Innenministerium härtere Regeln durchzusetzen. Man bedient sich dabei der bekannten Formen von Emotionalisierungen und oberflächlichen Annahmen. Bereits erkannte und veröffentlichte Forschungsergebnisse werden dabei nicht beachtet.**

In einer aktuellen Pressemitteilung hat Innenminister Joachim Herrmann sein Anliegen wie folgt betitelt: "Flexibles Mittel zur Bekämpfung alkoholbedingter Kriminalität und Belästigungen - noch mehr Kommunen sollten Sperrzeitverlängerung nutzen". Er wirbt damit, dass eine Beschränkung der Verfügbarkeit von Alkohol in der Gastronomie durch kürzere Öffnungszeiten viele Probleme lösen würden. Straftaten wie Körperverletzungen und Belästigungen durch Pöbeleien und Verschmutzungen ordnet er scheinbar direkt dem gastronomischen Angebot als Verursacher zu. „Der Zusammenhang zwischen Alkohol und Kriminalität liegt auf der Hand – gerade bei jungen Erwachsenen“, so lässt er verlauten. So einfach kann man Politik machen – oder auch nicht. Vielleicht sollte Minister Herrmann sich vor solchen Veröffentlichungen einige wissenschaftliche Berichte anschauen. Viele dieser Reports sprechen zwar von Zusammenhängen von Alkohol und Kriminalität, aber niemals wird dabei die „Bezugsquelle Wirtshaus“ genannt. Vielmehr sagt die Wissenschaft, dass ein Großteil der Vorkommnisse von Gewalt in Bezug mit Alkohol dem Bereich der häuslichen Gewalt zuzuordnen sei. Insbesondere seien auch Zusammenhänge des sozialen Umfelds zu werten, sogar genetische Einflüsse beeinflussen das Gewaltverhalten stark.

### **Alkohol als Ursache von Gewalt?**

Die erwähnten Ergebnisse von zahlreichen Studien sprechen insgesamt dafür, dass Gewalthandlungen oft gemeinsam mit Alkoholkonsum auftreten. Diese Befunde dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Frage über die kausale Beziehung zwischen Alkohol und Gewalt noch nahezu ungeklärt ist. So kann im Falle einer unter Alkohol begangenen Straftat nicht ohne weiteres beurteilt werden, ob die Aggression des Täters oder sein Konsum von Alkohol am Anfang der Ereigniskette stand. Es ist deshalb auch nicht zulässig, auf der Basis einer festgestellten Alkoholisierung eines Täters automatisch zu folgern, dass der Alkohol die Ursache für die begangene Straftat darstellte. Soweit die Wissenschaft.

Die Politik hingegen meint, dass nur Erziehung und Verbote den Schlüssel zum Ordnungserfolg bilden. Man hat sich in den Amtsstuben scheinbar daran gewöhnt, Bürgern rigorose Regeln aufzuerlegen. Dieses Gefühl hat auch **Jürgen Koch**, Vorstandsmitglied des Vereins zum Erhalt der bayerischen Wirtshauskultur VEBWK: „das Rauchverbot durch Volksentscheid scheint eine Basis der Legitimation gebildet zu haben. Doch bereits da wurden erhebliche Nachlässigkeiten und übertriebene Schlussfolgerungen inzwischen offenbar. Mit der Fortsetzung solcher Kurzsichtigkeiten innerhalb von Gesetzgebung und Regulierungsvorhaben begibt man sich auf glattes Eis. Immer häufiger ist heute zu hören und zu lesen, dass die Bevormundungsbestrebungen beim Bürger nicht gut ankommen. Erst recht, wenn man Beweise schuldig bleibt, die Gesetzen eigentlich vorgelagert sein sollten“, so Koch (FDP), der in diesem Jahr auch für den Landtag kandidiert.

Sperrzeitverlängerungen, also kürze Öffnungszeiten, in der Gastronomie sind keineswegs geeignet, die alkoholbedingten Gewaltprobleme oder Straftaten in den Griff zu bekommen. Hier sind ganz andere Instanzen zu bemühen. Das Elternhaus, die Erziehung, die Perspektivenbildung und vieles mehr sorgen für Pro und Kontra. Den Wirtshausbesuch und die Discoparty als Alleinübel darzustellen, ist somit absurd. Die Gastronomie ist zudem ein „kontrollierter Raum“, wo sogenannte Alkoholexzesse keinen Platz finden. Ob Komasaufen oder Randalen – diese Erscheinungsformen finden meist an anderen Plätzen statt. „Dafür der Gastronomie nach Rauchverbot, Hygiene-Pranger, Spielautomatenreduzierung und anderen harten, einkommensrelevanten Eingriffen den nächsten „Schwarzen Peter“ zuzuschieben, ist gelinde gesagt purer Aktionismus der völlig falschen Art“, betont Jürgen Koch nochmals eindringlich. Nicht nur die Wirtinnen und Wirte, sondern auch sehr viele Gäste dürften sich so langsam über diese politische Einfachheit wundern. Im Wahljahr 2013 sollte sich auch das Bayerische Innenministerium überlegen, für wie unvollkommen und beeinflussbar sie die Menschen im Freistaat hält. Das Kreuz auf dem Wahlschein bekommt man nicht mehr automatisch, sondern durch Leistung. Damit ist das Wohl der Bürger gemeint.

Rückfragen an:

VEBWK e.V. Pressesprecher

Bodo Meinsen

Chiemseering 11, 85551 Kirchheim b. München

Telefon: 089 – 90 52 90 72

Fax: 089 – 90 52 90 73

Email: [presse@vebwk.com](mailto:presse@vebwk.com)